



### *Ankündigungen und Mitteilungen*

#### **Pressemitteilung zur Verleihung der Carl-von-Ossietzky-Medaille 2009**

30. November 2009

**Der Festakt zur Medaillenverleihung**  
findet statt

**am Sonntag, den 13. Dezember 2009**

von 11:00 bis 13:00 Uhr

**im Haus der Kulturen der Welt,**

John-Foster-Dulles-Allee 10, 10557 Berlin.

**(Pressekonferenz am Samstag,**

den 12.12.2009, 10:00 Uhr ebenfalls im HKW)

**Die Internationale Liga für Menschenrechte verleiht die Carl-von-Ossietzky-Medaille 2009 an Kapitän Stefan Schmidt aus Lübeck und an Mouctar Bah aus Dessau.**

Beide haben außerordentliche Zivilcourage bewiesen und einen besonderen Beitrag zur Verwirklichung der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland und in der Europäischen Union geleistet.

Mit der Ehrung von Stefan Schmidt und Mouctar Bah will die Internationale Liga für Menschenrechte auf zwei Probleme hinweisen, die von schmerzhafter Dringlichkeit sind:

Erstens auf das fortgesetzte Sterben von Flüchtlingen, besonders aus Afrika, vor den Toren Europas als Folge der Abschottungspolitik der EU.

Zweitens auf die zunehmende Tendenz in Deutschland, Rassismus und Ausgrenzung gesellschaftlich und institutionell zu dulden.

**Mouctar Bah** kämpft seit dem qualvollen Verbrennungstod seines Freundes Oury Jalloh im Gewahrsam des Dessauer Polizeireviere am 7.01.2005, trotz aller Widrigkeiten, für die Aufklärung der Todesumstände und dafür, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Er war rassistischen Beschimpfungen und körperlicher Gewalt ausgesetzt. Von staatlichen und kommunalen Behörden wird er nach wie vor alles andere als bestärkt.

**Stefan Schmidt** rettete im Juni 2004 als Kapitän des deutschen Schiffes „Cap Anamur“ 37 Menschen, die auf der Flucht nach Europa vor der italienischen Küste in Seenot geraten waren. Der Versuch der italienischen Staatsanwaltschaft, diese humanitäre Handlung als „Beihilfe zur illegalen Einreise“ zu kriminalisieren, scheiterte: Er wurde – ebenso wie die wegen dieser Rettungstat in Italien Mitangeklagten – im Oktober 2009 vom Gericht auf Sizilien freigesprochen.

**„Man muss das Unrecht auch mit schwachen Mitteln bekämpfen“  
(Bertolt Brecht, Aufsätze über den Faschismus)**

**Die Liga ist dringend auf Ihre Hilfe angewiesen.  
Wir bitten deshalb um Spenden auf unser Konto bei der  
Bank für Sozialwirtschaft – Kto: 33 17 100, BLZ: 100 205 00**

## Kampagne 'STIMMEN für Flüchtlingsschutz und Kinderrechte' zur Bundestagswahl 2009

[www.stimmen09.de](http://www.stimmen09.de)

24. September 2009

**37 Bundestagskandidatinnen und -kandidaten unterschreiben Koalitionsaussage für eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik – auch starke Resonanz auf Wahlprüfsteine.**

Die CDU verteidigt in ihrer Antwort die Residenzpflicht für Flüchtlinge – und steht damit allein da:

**SPD:** Residenzpflicht „erneut diskutieren“

**FDP-Abgeordneter:** „Residenzpflicht muss überdacht werden“

**Bündnis 90/Die Grünen und LINKE:**  
Scharfe Kritik an der Residenzpflicht

**Auf die Wahlprüfsteine antworteten die Parteivorstände von CDU und SPD jeweils mit einer zentralen Stellungnahme.**

**Die Stellungnahme der SPD** wurde im Auftrag von Bundesgeschäftsführer Kajo Wasserhövel zugesandt.

**Auch Bündnis 90/Die Grünen** haben eine einheitliche Antwort erarbeitet, die bislang 23 Kandidatinnen und Kandidaten unterschrieben und an das Bündnis „STIMMEN für Flüchtlingsschutz und Kinderrechte“ gesandt haben – darunter auch einer der beiden Vorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen, Cem Özdemir.

**Die Linke** hat neben einer Antwort der Bundestagsfraktion eine Stellungnahme ihrer migrati-

onspolitischen Sprecherin im Bundestag, Sevim Dagdelen gesandt.

Ein kontroverses Thema ist die **Residenzpflicht für Flüchtlinge**. Hierzu hatte das Bündnis geschrieben:

**„Seit über 30 Jahren besteht eine gesetzliche Regelung, die es Flüchtlingen und Geduldeten untersagt, den Wirkungskreis der für sie zuständigen Ausländerbehörde ohne vorherige Erlaubnis zu verlassen. Im alltäglichen Sprachgebrauch wird dieser massive Eingriff in die Bewegungsfreiheit der Betroffenen als Residenzpflicht bezeichnet. Eine derartige Regelung existiert in keinem anderen Land der EU.“**

**In der Antwort der CDU heißt es hierzu:** „Ziel der gesetzlichen Regelungen ist es, eine gleichmäßige Verteilung der mit der Aufnahme von Asylbewerbern verbundenen Aufgaben und Belastungen für die Länder und Kommunen zu schaffen und durch die jederzeitige Erreichbarkeit der Asylantragsteller eine Beschleunigung der Verfahren zu bewirken.“

**Die SPD gibt zu bedenken**, dass die Residenzpflicht „angesichts gesunkener Asylbewerberzahlen einer erneuten Diskussion“ bedürfe.

**Der FDP-Bundestagsabgeordnete Jan Mücke** glaubt, dass sie sich „in der Vergangenheit oft als unpraktikabel erwiesen und unnötige Strafverfahren nach sich gezogen“ habe. „Sie muss deshalb überdacht werden.“

**Lebensretter aus Deutschland vor italienischem Gericht**  
**Internationale Liga für Menschenrechte fordert Freispruch!**  
**Unterlassene Hilfeleistung ist eine Straftat,**  
**Hilfe für Menschen in Not ein humanitäres Gebot!**

*Oktober 2009*

**Urteilsverkündung gegen Kapitän Stefan Schmidt, Elias Bierdel und Vladimir Daschkewitsch wird nach fast drei Jahren Prozessdauer für den 7. Oktober 2009 erwartet.**

Im Juni 2004 rettete Stefan Schmidt als Kapitän mit Befehlsgewalt über das deutsche Schiff „Cap Anamur“ 37 Menschen, die auf dem Fluchtweg nach Europa vor der italienischen Küste in Seenot geraten waren. Diese Rettungsaktion ist ein herausragender Beitrag zur Verwirklichung der Menschenrechte an den Grenzen der EU. Daher erhält der Kapitän am 13. Dezember 2009 in Berlin die Carl-von-Ossietsky-Medaille der Internationalen Liga für Menschenrechte.

Die Liga protestiert entschieden gegen den seit 2006 in Italien geführten Strafprozess, mit dem die Staatsanwaltschaft versucht, die Rettung von Menschen in Seenot unter Strafe stellen zu lassen. Die Anklage gegen den Kapitän, gegen den 1. Offizier auf dem Schiff, Vladimir Daschkewitsch sowie gegen den Journalisten und damaligen Vorsitzenden des Hilfskomitees „Cap Anamur“ Elias Bierdel, der sich ebenfalls an Bord befand, lautete bei der Eröffnung des Prozesses in Agrigento/Sizilien: Bandenmäßige Beihilfe zur illegalen Einreise in besonders schwerem Fall. Die Staatsanwaltschaft fordert vier Jahre Haft und 400.000 EUR Geldstrafe.

Die Gründe für das existenzgefährdende Strafmaß, für die nunmehr drei Jahre andauernde Zermürbung der Retter sowie die demonstrative Missachtung der universellen Menschenrechte und humanitären Gebote sind fadenscheinig. Die Staatsanwaltschaft versucht – mit Unterstützung, wenn nicht sogar im Auftrag der italienischen Regierung – die Umsicht, mit der Stefan Schmidt

seiner Fürsorgepflicht auf See nachkam, zu desavouieren:

**Die vorbildliche Handlung soll zum abschreckenden Beispiel werden.**

**Eine solche Kriminalisierung humanitären Handelns werden wir nicht zulassen!**

**Wir fordern Freispruch für die drei Angeklagten und ihre Rehabilitierung!**

**Für den Fall eines Schuldspruchs kündigt die Liga gemeinsam mit anderen Nichtregierungsorganisationen anhaltende Proteste – auch über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus – an.**

**Italien steht nicht über den Menschenrechten und die italienische Justiz nicht über elementaren Geboten der Menschlichkeit!**

**Zugleich fordert die Liga mit vielen Menschenrechts-, Flüchtlings- und Migrantenorganisationen in Deutschland und anderen EU-Ländern eine grundlegende Änderung der tödlichen Abschottungspolitik der Europäischen Union!**

**Diesbezüglich fordern wir eine klare Aussage auch der neuen Bundesregierung. Ein Umdenken und die Einhaltung der Menschenrechte – gerade auch im Umgang mit Menschen auf der Flucht – ist längst überfällig!**

**Das Mittelmeer – einst die Wiege der europäischen Kultur – darf nicht in ein Massengrab verwandelt werden. Europa muss Zufluchtwege schaffen und schützen!**

## Lebensretter freigesprochen!

Stellungnahme des Liga-Vorstands  
zum Urteil im Fall Cap Anamur vom 7. Okt. 2009

7. Oktober 2009

**Stefan Schmidt, früherer Kapitän der ‚Cap Anamur‘, wurde heute zusammen mit dem Journalisten und ehemaligen Vorsitzenden des Hilfskomitees „Cap Anamur“, Elias Bierdel, und dem 1. Offizier des Schiffes, Vladimir Daschkewitsch, von einem Strafgericht in Agrigent/Sizilien freigesprochen.**

Die Angeklagten hatten im Juni 2004 insgesamt 37 Menschen gerettet, die als Flüchtlinge vor der italienischen Küste in Seenot geraten waren. Die italienische Staatsanwaltschaft hatte den drei Lebensrettern in einem skandalösen Strafverfahren deshalb „bandenmäßige Beihilfe zur illegalen Einreise in besonders schwerem Fall“ vorgeworfen.

Der Vorstand der Internationalen Liga für Menschenrechte hat diese Freisprüche mit großer Erleichterung zur Kenntnis genommen. Für die Rettungstat zeichnet die Liga Kapitän Schmidt mit der Carl-von-Ossietzky-Medaille aus, die anlässlich des Internationalen Tages der Menschenrechte (10.12.) am 13.12. 09 in Berlin im Haus der Kulturen der Welt verliehen wird. Zusammen mit Stefan Schmidt wird Mouctar Bah geehrt. Er hat sich intensiv für die Aufklärung der Umstände des qualvollen Verbrennungstodes seines Freundes Oury Jalloh im Dessauer Polizeirevier am 7.01.05 engagiert.

„Das Urteil des italienischen Gerichts ist eine schallende Ohrfeige für die italienischen Strafermittler und Ankläger. Wir fordern nun eine vollständige Rehabilitierung der Betroffenen!“, so die Präsidentin der Internationalen Liga für Menschenrechte, Prof. Fanny-Michaela Reisin. „Das Recht auf Flucht und Asyl ist ein elementares Menschenrecht.“ Das seit Jahrhunderten überlieferte und bewährte Seerecht gebietet die Rettung von Menschen, die auf hoher See in Not geraten. Die Missachtung elementarer humanitärer Gebote und universeller Menschenrechte durch die italienische Staatsanwaltschaft ist das beklagenswerte Resultat der EU-Flüchtlingspolitik. Europa wird mehr und mehr zu einer Festung gegen Flüchtlinge und Migranten ausgebaut. Eine Kehrtwende ist jetzt überfällig.

Die Liga verzeichnet nach wie vor mit Besorgnis, dass Lebensrettung in Italien und in den Anrainerstaaten des Mittelmeeres nicht mit Verdiensten für Zivilcourage und Menschlichkeit, sondern mit Kriminalisierung und Strafverfahren quittiert wird. So ergeht es nach wie vor dem tunesischen Fischer, Abdel Zenzeri, der im August 2007 insgesamt 44 Flüchtlinge vor dem Ertrinken gerettet hatte. Dafür forderte die Staatsanwaltschaft im sizilianischen Agrigent – ähnlich wie im Verfahren gegen Stefan Schmidt und Elias Bierdel - dreieinhalb Jahre Haft und 440.000 Euro Geldstrafe. Das 11.000 Euro teure Boot wurde von den italienischen Ermittlungsbehörden als „Tatwerkzeug“ beschlagnahmt. Der Fischer hat damit die Existenzgrundlage für sich und seine Familie verloren. Sein einziges Vergehen: Menschen vor dem Ertrinken gerettet zu haben. „Ein solch willkürliches Vorgehen ist nicht hinnehmbar“, erklärt die Liga-Präsidentin; „Abdel Zenzeri braucht unsere Solidarität und verdient eine Wiederherstellung nicht nur seines Rufs, sondern seiner Existenz!“

**Die Abschottungspolitik der Europäischen Union fordert Opfer unter Menschen aus zahlreichen Regionen der Welt, die vor politischer Unterdrückung, vor Krieg und Armut fliehen. Nicht außer Acht gelassen werden darf dabei, dass Europa gegenüber Flüchtlingen und Migranten aus Afrika nicht nur eine aus den Kolonialvergehen resultierende Bringschuld hat, sondern auch Verantwortung trägt wegen der verheerenden Folgen der Agrar- und Wirtschaftspolitik der EU auf dem afrikanischen Kontinent. Millionen Menschen werden damit ihrer Lebensgrundlage in ihren Heimatländern beraubt.**

**„Zu fordern ist ein grundlegendes Umdenken der EU. Die Wirtschaftspolitik muss davon abkommen, den hemmungslosen Raubbau an Ressourcen - weltweit und speziell in Afrika - zu stützen. Die Sozialpolitik muss Zufluchts- und Migrationswege nach Europa schaffen und schützen“, so das Fazit des Liga-Vorstandes.**

Der Vorstand

**Reinhard Strecker**

Berlin, den 4. August 2009

Einschreiben mit Rückschein an  
Herrn Holger Hövelmann, Büro des Ministers  
Innenminister des Landes Sachsen-Anhalt  
Halberstädter Straße 2, Am Platz des 17. Juni  
39112 Magdeburg

**Betrifft: den Tod von Oury Yalloh in Dessauer Polizeihaft und  
das Unvermögen der Justiz, die Fragen um diesen Tod aufzuklären.**

Sehr geehrter Herr Innenminister!

Am 23. Juni dieses Jahres schrieb ich Ihnen einen Brief mit vielleicht nicht ausreichend korrekter Anschrift, da er aber bisher weder bei mir wieder zurückgekommen ist noch mir eine Eingangsbestätigung Ihres Hauses zugegangen wäre, mit der mir eine Antwort Ihrerseits angekündigt wurde, muss ich annehmen, dass mein Brief in Ihrem Hause zwar eingegangen, aber nicht Ihnen persönlich vor Augen gekommen ist. Deswegen erlaube ich mir, Ihnen den Brief-Inhalt noch einmal zuzusenden, diesmal postalisch an Sie so persönlich, per Einschreiben, zu schicken, dass ich sicher sein kann, dass er mindestens in Ihr persönliches Büro gelangt. Ich bitte diesen ungewohnt umständlichen Weg zu verstehen und entschuldigen zu wollen.

*Da der Versuch, die offenen Fragen in Zusammenhang mit dem Tod von Oury Yalloh von der Justiz klären zu lassen, zu keinem Erfolg geführt hat, frage ich nach, was Sie nunmehr zu unternehmen gedenken, um die Wahrheit herauszufinden?*

*Es ist mir unvorstellbar, dass heutzutage in Deutschland ein Mensch in Polizeihaft nach gründlicher Durchsuchung und an ein feuerabweisendes Bett mit Matratze gefesselt dort verbrennt und sowohl die Obrigkeit wie die Öffentlichkeit sich damit abfindet, dass die Polizeibeamten das Gericht belügen, ihnen aber nicht das Geringste passiert, und alles seinen Gang weiterläuft.*

*Wir haben nach der NS-Diktatur nicht das Recht, der Polizei blindlings zu vertrauen.*

*Und ohne die SED-Diktatur mit ihrem Vorgänger auch nur entfernt gleichstellen zu wollen: Auch in der SED-Diktatur gehörte die Polizei zu dem Diktatur-Apparat, war weitgehend unkontrolliert und allmächtig.*

*Diese doppelte Tradition darf auch nicht im kleinsten Ansatz fortgeführt werden. Deshalb bitte ich um Aufklärung darüber, was das Kabinett von Sachsen-Anhalt in diesem Falle weiter zu tun gedenkt.  
In Erwartung Ihrer Antwort, hochachtungsvoll, Ihr*

*(Reinhard Strecker)*

Soweit mein Brief von vor 6 Wochen. Ich darf Sie erneut um eine Antwort bitten, weil die Fragen ja weiterhin unbeantwortet sind, und weil ich mir nicht vorstellen kann und auch nicht glauben möchte, dass Ihrer Landesregierung die Schädigung des Ansehens Deutschlands in aller Welt – nicht nur in Afrika – gleichgültig ist, die mit der Hinnahme dieser offenen Fragen zum Tode Oury Yallohs untrennbar verbunden wäre.

PS.: Nur zu Ihrer Information. Ich versuchte telefonisch, die genaue Anschrift und Telefonnummer Ihres Hauses von Ihrer Berliner Landesvertretung zu erhalten, blieb jedoch erfolglos. Mir wurde versichert, man sei nicht befugt, Telefon-Nummern und Adressen herauszugeben.

Die müsse ich mir auf anderem Wege beschaffen. Ich halte das für ein Missverständnis, für eine zu wörtliche Auslegung einer nicht klar genug formulierten Anweisung an das Personal Ihrer Landesvertretung in Berlin, was Sie sicherlich leicht korrigieren können.

In Erwartung Ihrer Antwort, verbleibe ich, hochachtungsvoll, Ihr

(Reinhard Strecker)



SACHSEN-ANHALT

Ministerium des Innern

Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt • Postfach 3563 • 39010 Magdeburg

Herrn  
Reinhard Strecker  
Gosslerstrasse 23

12161 Berlin-Friedenau

**Ihr Schreiben vom 04. August 2009**

30. September 2009

Sehr geehrter Herr Strecker,

Ihr Schreiben vom 04. August 2009 ist hier eingegangen und hat Herrn Minister vorgelegen. Er bat mich, Ihnen zu antworten.

Zunächst darf ich Ihnen mein Bedauern darüber ausdrücken, dass das von Ihnen erwähnte, bereits im Juni 2009 übersandte Schreiben hier nicht eingegangen ist.

Zu Recht führen Sie in Ihrem Schreiben an, dass die Schädigung des Ansehens Deutschlands in aller Welt im Zusammenhang mit dem tragischen Tod von Oury Yalloh nicht gleichgültig sein kann. Sicherlich haben Sie aber auch festgestellt, dass Sachsen-Anhalt zu den Bundesländern gehört, die erhebliche Anstrengungen zur Bekämpfung politisch und rassistisch motivierter Kriminalität unternehmen. So befasst sich das Kabinett monatlich mit dieser Thematik. Seien Sie versichert, dass diese Regierung in ihren Bemühungen nicht nachlassen wird.

Zu den Grundsätzen unserer Verfassung gehört seit dem Ende der NS-Diktatur und der Gründung der Bundesrepublik Deutschland gerade aber wegen der Vergangenheit auch, dass die Exekutive und die Judikative getrennt sind. Das Handeln der Polizei unterliegt deshalb der Kontrolle der Gerichte, wie es in dem rechtsstaatlichen Verfahren vor dem Landgericht in Dessau-Roßlau seinen Ausdruck fand. Den Prozessbeteiligten stehen dabei die in der Strafprozessordnung vorgesehenen Rechte zu. Gerade dies unterscheidet unsere Rechtsordnung von der in Diktaturen.

Sie werden verstehen, dass der Innenminister eines Landes auf gerichtliche

Zeichen:  
24.11-02013

Bearbeitet von:  
Ivonne Gerstner  
Durchwahl (0391) 567-5239

e-mail:  
ivonne.gerstner  
@mi.sachsen-anhalt.de

Ihre Nachricht:

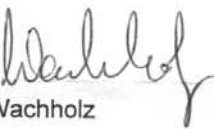
vom

Halberstädter Str. 2/  
Am Platz des 17. Juni  
39112 Magdeburg  
Telefon (0391) 567-01  
Telefax (0391) 567-5290  
poststelle@mi.sachsen-anhalt.de  
www.mi.sachsen-anhalt.de

Deutsche Bundesbank  
Filiale Magdeburg  
BLZ: 810 000 00  
Konto: 810 015 00

Entscheidungen deshalb keinen Einfluss nehmen kann und darf.  
Dies gilt auch in diesem besonders tragischen Fall.  
Als Vertreter der Internationalen Liga für Menschenrechte werden Sie sicher dafür Verständnis haben.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

  
Wachholz

## *Beiträge aus der Liga-Arbeit*

Fanny-Michaela Reisin

Carl von Ossietzkys 120. Geburtstag

3. Oktober 2009

### **Infokrieg – Vorspann zum Kosovokrieg vor zehn Jahren**

Carl von Ossietzky wurde heute vor 120 Jahren geboren. Die vereinigte Bundesrepublik Deutschland vor 20.

Als die Zeitschrift *Ossietzky* die Liga einlud, den 110. Geburtstag Ossietzkys am 3. Oktober 1999 gemeinsam in Hamburg zu begehen, entstand schnell die Idee, an diesem Tage den „alternativen Nationalfeiertag“ zu begründen.

Seitdem kommen wir alljährlich mit vielen Freunden – ab 2000 im Haus der Demokratie in Berlin – zusammen, um ganz im Geiste Carl von Ossietzkys die Republik und ihre Verfasstheit kritisch unter die Lupe zu nehmen. Heute nun zum 10. Mal.

Mein Beitrag hat die jüngeren Entwicklungen der medialen Mobilmachung zu Kriegen der Bundesrepublik zum Gegenstand.

Ich hätte mir im Jahr der Vereinigung nicht vorstellen können, dass die Bundesrepublik Deutschland im Laufe von nur 20 Jahren wieder eine kriegführende Nation sein würde. Deutsche Truppen sind heute im ehemaligen Jugoslawien, in Afghanistan und vor der Küste Somalias stationiert. Das nordatlantische Militärbündnis sowie der Schulterabschluss mit den USA bringen es mit sich, dass militärische Hilfsdienste auch im Irakkrieg selbstverständlich geworden sind, wenn auch nicht auf dem Schlachtfeld vor Ort. Es bleiben aber, da der Zeitpunkt des Abzugs der beteiligten NATO-Staaten aus dem Irak nicht erkennbar ist, genügend viele Aufgaben, die Bundeswehrsoldaten als Teil der „NATO-Wehr“ im vermeintlichen „Vorfeld“, auch auf dem Gebiet der Bundesrepublik, ausführen können.

Kein Territorium auf dem Globus soll den Verwertungsinteressen der „global players“ verschlossen bleiben. Das Instrument: Die in den 80er Jahren von den USA auf den Weg gebrachte, global allorts einsetzbare „schnelle Eingreiftruppe“.

Deutschland macht mit! Osttimor, Libanon, Iran, mithin jedes Terrain, das von ökonomischem oder politischem Interesse ist, könnte angepeilt werden.

Den Einstieg in diese fatale Entwicklung markierte 1999 der so genannte Kosovo- Krieg.

Unvorstellbar war für mich nun vor 1999, dass ausgerechnet die aus den Friedens- und späteren Anti-Atom-Bewegungen hervorgegangenen Grünen, ihren Mitgliedern und Wählern jenen irreversibel schlimmsten Verrat zumuten würden: einen Angriffskrieg. Dem ersten, an dem nach 1945 Deutschland mit seiner Wehrmacht, der Bundeswehr, aktiv beteiligt sein sollte. Immerhin hatten die Grünen auch in Regierungsfunktion nie einen Hehl daraus gemacht, dass sie ihre Regierungsbeziehung großen Teilen der Friedensbewegung im Lande zu verdanken hatten.

In der *Jungen Welt* vom 26. März 2009 schreibt Jutta Ditfurth zehn Jahre später:

„Ab 24. März 1999 fielen die ersten Bomben. Menschen starben auf Wiesen, in Häusern, in Zügen, auf der Flucht, in Krankenhäusern, Fabriken, Studentenwohnheimen und Schulen. In Krankenhäusern fiel der Strom aus, Strahlenbehandlungen gegen Krebs wurden abgebrochen, Brutkästen abgestellt und Dialysegeräte abgeschaltet.“

Die NATO flog in 78 Kriegstagen 38000 Luftsätze und warf 9160 Tonnen Bomben ab. Ihre Luftangriffe verwandelten Chemiefabriken und Petroleumraffinerien in Giftbomben. Phosgen schädigte die Atemwege, krebserregende Dioxine reichernten sich in menschlichen Körpern an. Quecksilber, Zink, Kadmium und Blei verseuchten die Trinkwasserreservoirs. Jugoslawien hatte der NATO vor dem Krieg sogar einen Plan der chemischen Anlagen gegeben, um vor den Folgen eventueller Angriffe zu warnen, aber die NATO bombardierte auf Basis dieses Plans. In 100 Flügen mit A-10-Flugzeugen feuerte die NATO außerdem rund 31000 Geschosse mit insgesamt zehn Tonnen abgereichertem Uran auf Jugoslawien ab.“



Die Zahl der 1999 in Jugoslawien um ihr Leben gebrachten Menschen wird mit über 5.000 beziffert. Der Großteil Zivilisten. Das kann nicht vergessen werden.

Erinnert sei auch an den euphemistischen Begriff „Kollateralschäden“, der vom Pressesprecher der NATO, Jamie Shea, geprägt und im Nu von den amerikanischen Medien als telegene Bezeichnung für das Geschehene verbreitet wurde. So als wären die Toten des Kosovokrieg unvermeidbare „Begleiterscheinung“ eines im übrigen humanitären Kriegs.

Zurück zur Bundesrepublik. Jutta Ditzfurth – einst selbst leidenschaftliches Mitglied der Grünen-Basis – erinnert in ihrem Artikel an das erste Parteiprogramm (1980) der Grünen, das die Militärbündnisse NATO und Warschauer Pakt sofort aufzulösen versprachen sowie „einseitige“ Abrüstung und den Abbau der Bundeswehr forderten.

Knapp 20 Jahre später resümiert Ditzfurth:

„Keine Partei kommt in Deutschland an die sogenannte Macht, ohne mit grundlegenden linken Positionen zu brechen, sie muss den Antikapitalismus abwerfen und der NATO Treue schwören.“

Das konnten wir - ich stimme Ditzfurth voll und ganz zu - nach 1945 genauestens bei der SPD studieren, dann nach Amtsantritt der Schröder-Fischer-Regierung bei den Grünen.

Die Linkspartei lässt schon bevor es so weit ist, keine Übung aus, um sich als „regierungsfähig“ zu gebärden. Vor dem Hintergrund meiner tiefen Kenntnis der vorauseilenden Willfährigkeit und Laviererei der Führung der Linkspartei etwa im Israel-Palästina-Konflikt habe ich keinen Zweifel daran, dass auch diese Partei, einmal an der Regierung, „internationale Sachzwänge“ bemühen wird, um uns Politikwendungen zu erklären, die wir heute nicht für möglich halten.

Mein Thema heute ist aber nicht Parteischelte. Ich möchte im 10. Jahr nach dem Jugoslawienkrieg nur einen einzigen, meines Erachtens bis in die Gegenwart wirkenden Aspekt beleuchten:

*Die neuartige mediale Mobilmachung zum Krieg.*

Um es gleich vorweg zu nehmen: Es geht nicht darum, die Medien anzuprangern. Es geht darum, sich über die Art und Weise zu verständigen, in der die global Mächtigen und die Regierenden vor dem NATO-Angriff auf Jugoslawien die Medien okkupierten, um flächendeckend – mehr oder weniger

gezielt, in jedem Fall aber unter Nutzung aller ideologischen und massenmanipulierenden Mittel – den Krieg im geostrategischen Interesse der NATO herbeizuführen.

Der Unterschied, den ich zwischen Kriegspropaganda alter Schule – und selbst noch Goebbels'scher Befehlsart – auf der einen sowie der gegenwärtig möglichen medialen Mobilmachung zum Krieg auf der anderen Seite ziehe, besteht in der *grenzüberschreitenden* Allgegenwärtigkeit der Medien. Die Vielfalt der Kanäle, die unentwegte (Um-) Werbung und vor allem die in zunehmenden Maße unmöglich werdende Unterscheidung zwischen Politik- und Werbeinformation bringen es mit sich, dass Du gezielt propagierte und breit gestreute Mitteilungen individuell, erstens nicht abweisen oder auch nur ausblenden und zweitens in der Geschwindigkeit, in der sie auf dich einprasseln, nicht einmal überdenken, geschweige denn überprüfen kannst.

TV, Internet und Radio, die elektronischen audiovisuellen Medien sind zu Instanzen der globalen Realitätskonstruktion geworden, die sogar, wenn sie verselbständigt und bar jeder Bodenhaftung über die Kabel kommt, geeignet sind, für eine begrenzte Zeit Millionenmassen auf dem gesamten Globus zu mobilisieren. Gleichzuschalten - in Windeseile. Effektiv und effizient.

Eben diese Medien erweisen sich in den Händen der wirtschaftlich und/oder politisch Mächtigen auf dem Globus als nützliche Instanzen zur Manipulation von Geist und Gefühl. Faktische Gegebenheiten werden umgedeutet und durch zweckdienliche Realitätsbilder ersetzt. Dass CNN u. a. auch als weltumspannender Militärsender fungiert, weiß – spätestens zu Kriegszeiten – jedermann.

Nicht viel anders verhielt es sich aber auch bei den hiesigen Medien während der Vorbereitung des NATO-Angriffskriegs auf Jugoslawien. Es ging ja auch keineswegs um die Bewältigung einer trivialen Aufgabe:

Eine Jahrzehnte lang von Abrüstungsbewegungen und ja, von starken Friedenskräften geprägte Gesellschaft, musste gegen ihre eigene Verfassung und Verfasstheit zur Kriegszustimmung bewegt und zur Kriegsbeteiligung mobilisiert werden.

Die mediale Mobilmachung wurde – es mag dahin gestellt sein, ob die einzelnen Protagonisten sich dies zu jedem Zeitpunkt bewusst machten und auch, ob sie immer bei klarem Verstand waren –

auf jeden Fall systematisch und – wie gesagt – unter Nutzung aller Mittel betrieben.

Beteiligt waren viele Instanzen und „Persönlichkeiten“ in Politik und Gesellschaft. In den USA, in Brüssel, Israel und – selbstverständlich auch in Deutschland. Die mit dem grünen Außenminister Fischer befreundete Außenministerin der Clinton-Administration, Madleine Albright, der US-amerikanische Leiter der Kosovo-Beobachtermission der OSZE, William Walker, die sozialdemokratische Schröder-Scharping-Crew sowieso.

Politikverantwortliche aller Couleur, die im sonstigen Leben nie als Freunde von Muslimen aufgefallen waren, fanden sich in rasantem Tempo in einer gemeinsamen Front. Das Ziel: Das widerborstige, immer noch von Blockfreiheit und Selbstbestimmung träumende Restjugoslawien in einem NATO-Krieg zu brechen.

Exemplarisch sei hier nur an zwei der extremen Protagonisten erinnert. Joseph Fischer und Rudolf Scharping.

Es war Joseph Fischer, der immer und immer wieder den „barbarischen“, „rohen“, „primitiven“ Faschismus im Kosovo geißelte, Milosevic mit Stalin und Hitler verglich, um letztlich zu argumentieren, dass die serbische Sonderpolizei, die er kurzer Hand als „SS“ in die Medien einpflegte, nur durch Bomben zu stoppen sei. Diese bereits lange vor dem Krieg in Interviews und Talkshows begonnene mediale Mobilmachung gipfelte dann kurz nach Beginn des Kriegs in der haltlosen Instrumentalisierung von Auschwitz, die der grüne Außenminister zur Rechtfertigung der Beteiligung der Bundeswehr konstruierte: „Ich habe nicht nur gelernt: Nie wieder Krieg. Ich habe auch gelernt: Nie wieder Auschwitz“ hörten wir ihn sagen. Diese Einlassungen kulminierten in der Parallele, die er ausdrücklich zwischen dem Milosevic-Regime und dem „primitiven Faschismus der Nazi-Ära der 30er Jahre“ zog, die „*wir* nicht akzeptieren können.“

„Wir“ Deutschen waren wieder wer! Die Unantastbarkeit des Schwurs der Überlebenden deutscher Vernichtungslager „Nie wieder Krieg“ hob der grüne Außenminister gleich mit auf. Von höchster Stelle war nun die Blasphemie der Lehren, die aus dem deutschen Faschismus in humanistischer Absicht gezogen worden waren, legitimiert. Wie im Handstreich war die völkerrechtlich mit Bedacht sanktionierte Einzigartigkeit des Völkermords des deutschen Faschismus durch den Außenminister relativiert.

Auf der „roten“ bzw. sozialdemokratischen Seite kam Verteidigungsminister Scharping die Rolle zu, den Mitgliedern und Wählern seiner Partei, den Einzug der Bundeswehr in den Krieg zu vermitteln. Wie zufällig besuchte er mit einer Gruppe von Bundeswehrsoldaten die Gedenkstätte Auschwitz just einige Wochen vor Beginn des Kosovo-Kriegs. Dort präzisierte er die wieder gewonnene „Verantwortung“ Deutschlands: „Wir können es nicht dulden“, so Scharping, im Kosovo "in die Fratze unserer eigenen Vergangenheit zu blicken".

Damit war das Ansinnen der – von Telepolis als „Infokrieg“ bezeichneten – medialen Mobilmachung präzise benannt:

Deutschland komme eine besondere Verantwortung „in der Welt“ zu, eine Wiederholung der Verbrechen der 30er Jahre zu verhindern.

Wie muss es den Überlebenden der Vernichtungslager bei alledem ergangen sein?

Vierzehn KZ-Überlebende – darunter die Träger der Carl-von-Ossietzky-Medaille 2006, Esther Bejarano, Peter Gingold – verfassten einen offenen Brief, den sie unter dem Titel "Gegen eine neue Art der Auschwitz-Lüge", an die Minister Fischer und Scharping richteten. Darin hieß es u. a.:

„Der Verteidigungsminister hatte bereits vor der völkerrechtswidrigen Aggression der NATO gegen Jugoslawien (...) bei einem Bundeswehrbesuch in Auschwitz gesagt: Um ein neues Auschwitz zu verhindern, ‚ist die Bundeswehr in Bosnien‘ und, dass sie darum ‚wohl auch in das Kosovo gehen‘ wird. (...)“

Wir Überlebenden von Auschwitz und anderen Massenvernichtungslagern verurteilen den Missbrauch, den Sie und andere Politiker mit den Toten von Auschwitz, mit dem von Hitlerfaschisten im Namen der deutschen Herrenmenschen vorbereiteten und begangenen Völkermord an Juden, Sinti und Roma und Slawen betreiben. Was Sie tun, ist eine aus Argumentationsnot für ihre verhängnisvolle Politik geborene Verharmlosung des in der bisherigen Menschheitsgeschichte einmaligen Verbrechens. (...).“

Der Brief blieb ohne Antwort.

Überdies konnte er auch nirgendwo veröffentlicht werden. Die Formierung der Mainstream-Medien durch die rot-grüne Regierung war perfekt. Selbst

die Frankfurter Rundschau lehnte einen Abdruck der Mahnung der Auschwitz-Überlebenden ab. Sie mussten 38.000 D-Mark für eine Anzeige aufbringen, um ihre Empörung sichtbar zu machen.

Die Mainstream-Medien waren von den Mächtigen – undurchdringbar – belegt.

Nun, die Rechnung ging – wie wir alle wissen – auf. Kosovo sollte der erste Testfall der Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Europa auf europäischen Boden sein. Von nun an gehörte Deutschland dazu. Die Bundeswehr ging „in die Verantwortung“. Die bundesdeutsche Bevölkerung war in Kriege, als „Normalität des nationalen Seins“, wieder eingewöhnt.

Auf ihrem Washingtoner Jubiläumsgipfel feierte die NATO im April 1999 – der Kosovokrieg war in vollem Gange – den 50. Jahrestag ihres Bestehens. Auf eben diesem Festakt wurde die Organisation von einem (nur) nordatlantischen – zu einem „Welt-Bündnis“ transformiert mit einer neu formulierten Globalstrategie. Alle seinerzeitigen 19 Mitgliedstaaten unterzeichneten – gerne auch dabei: der sozialdemokratische Bundeskanzler Schröder (SPD). Ein Protest der Grünen – ihr Friedensmanifest von 1981 galt nach wie vor – war nicht zu vernennen.

Das ist der ganze Hintergrund. Der Kosovokrieg wurde gewonnen. Die NATO ist nun auch dort präsent. Ein deutsches Soldatenkontingent ist dabei. Das ehemalige Jugoslawien ist gebrochen. Dennoch wurde der Angriffskrieg in diesem Jahr anlässlich des 60. Gründungstags der NATO nahezu verschwiegen. Zu hoch ist der Preis, an dem die Bevölkerung dort, aber auch wir hier tragen. Und wer wollte uns erklären, wozu dieser Krieg und alle folgenden wirklich gut waren oder sind?

Das ist der Grund, den Kosovokrieg heute hier, anlässlich des alternativen Nationalfeiertag, gebühlich von allen Seiten zu beleuchten. Schließlich gibt es kaum eine Frage, die auf einem alternativen Nationalfeiertag dringender zu verhandeln wäre, als die zu Krieg und Frieden.

Ich möchte aber – damit keine Missverständnisse aufkommen – nicht abschließen, ohne für die In-

ternationale Liga für Menschenrechte auch klar zum Ausdruck zu bringen, dass viele Mitglieder unserer Organisation keinen Zweifel daran haben, dass Präsident Milosevic ein schlechter Sachwalter des Tito-Erbes war. Die Art und Weise, in der er seit Ende der 80er Jahre die in Jugoslawien zweifellos bestehenden sozialen und wirtschaftlichen Konflikte überspielte, Nationalismus schürte, willkürlich demokratische Prozesse unterband und die eigene Partei regelrecht in den Sumpf zog, muss für die gerade im Zusammenwachsen begriffene sowie um die Herausbildung einer jugoslawische Identität ringende Föderation als fatal beurteilt und verurteilt werden. Ganz so, wie wir es gegenüber den Mächtigen auch in anderen autokratischen Regimes tun. Milosevic war – obwohl Montenegriner – ein serbischer Nationalist, der unzählige Tote und bis zum heutigen Tag traumatisierte Flüchtlinge – etwa in Bosnien – zu verantworten hatte. Daran besteht für uns in der Liga kein Zweifel.

Der Kosovo-Krieg hatte aber damit nichts zu tun. Wir standen seinerzeit mit einer offenen Protestklärung gegen den NATO-Krieg zu aller erst deshalb auf, weil wir mit Carl von Ossietzky schon nach dem Ersten Weltkrieg von deutschem Boden erkannt und nach dem von Nazideutschland entfachten Zweiten Weltkrieg buchstäblich im Geiste Carl von Ossietzkys beharrlich vertreten haben: Die von Menschen geschaffene Geißel der Menschheit sind Kriege. Kriege werden von denjenigen geführt, die aus ihnen profitieren. Der Krieg der NATO wurde nur wegen der geostrategischen Interessen der NATO geführt. Mit den Lebensbedingungen der Serben oder Albanen hatte er nichts zu tun.

Im Gegensatz zu dem, was die Fischers, Scharpings und wie sie alle hießen, uns damals und heute in den Medien immer und immer wieder einreden wollten, sind Menschenrechte durch Waffengewalt, Vernichtung und Zerstörung – kurzum durch Krieg nicht zu verwirklichen.

Um Menschenrechte und Humanität zu verwirklichen und weiterentwickeln zu können, braucht es Frieden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.



„FREIHEIT STATT ANGST – Stoppt den Überwachungsahn“ war das Motto, unter dem der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung zusammen mit etwa 150 Bürgerrechtsgruppen und anderen Organisationen für den 12. September 2009 bundesweit gegen die ausufernde Überwachung durch Wirtschaft und Staat zu einer Großdemonstration in Berlin aufgerufen hatte.

An der Demonstration, die auch von der Internationalen Liga für Menschenrechte mitgetragen wurde, nahmen etwa 25.000 Menschen teil. Während der Auftakt- und Abschlusskundgebungen sprachen u.a. der ver.di-Vorsitzende FRANK BSIRSKE, der Bürgerrechtler ROLF GÖSSNER (Int. Liga f. Menschenrechte), die Internet-Aktivistin FRANZISKA HEINE und der schleswig-holsteinische Datenschutzbeauftragte THILO WEICHERT.

Die Demonstration war Teil des internationalen Aktionstages "Freedom Not Fear", zu dem u.a. in London, Amsterdam, Helsinki, Sofia und Stockholm Proteste gegen die Überwachung von Bürgerinnen und Bürgern stattfanden.

Unter den Mitträgern der Demonstration fanden sich unter anderen der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung, der Arbeitskreis Zensur, die Humanistische Union e.V., die Internationale Liga für Menschenrechte, das Bündnis für Politik und Meinungsfreiheit, das Netzwerk Neue Medien, das Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e.V., der FoeBuD e.V., der Chaos Computer Club, die Freie Ärzteschaft, Attac, ver.di, der DGB, die Verkehrsgewerkschaft GDBA, die Piratenpartei, DIE LINKE, die FDP und Bündnis 90/Die Grünen.

Weitere Informationen zur Demo: [www.freiheitstattangst.de](http://www.freiheitstattangst.de) und [www.Vorratsdatenspeicherung.de](http://www.Vorratsdatenspeicherung.de)

Der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung (AK Vorrat) ist ein bundesweiter Zusammenschluss von Bürgerrechtlern, Datenschützern und Internet-Nutzern in über 50 Ortsgruppen, die sich für den Schutz unserer Freiheitsrechte in Zeiten ausufernder Überwachung einsetzen. Der Arbeitskreis hat die mit über 34.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern größte Verfassungsbeschwerde der Bundesrepublik initiiert.

## **Auftaktrede von Rolf Gössner zur Demonstration >Freiheit statt Angst< am 12.09.2009 auf dem Postdamer Platz in Berlin**

Liebe Mitstreiterinnen, liebe Mitstreiter!

»Angst ist das Schmieröl der Staatstyrannie« - es ist diese Erkenntnis, die uns antreibt, hier und heute zu demonstrieren: gegen politische Angstmacherei, gegen Überwachungswahn und den Angriff auf die Bürgerrechte.

I. Ein ausufernder Antiterrorkampf bescherte uns eine dramatische Einschränkung der Freiheitsrechte. Eine wahre Flut sogenannter Antiterrorgesetze haben die Kontrolldichte in Staat und Gesellschaft beträchtlich erhöht – angeblich im Namen der Sicherheit, doch mit Sicherheit auf Kosten der Freiheit. Tatsächlich kommt das Bundesverfassungsgericht kaum noch nach, etliche dieser maßlosen Sicherheitsgesetze für grundrechtswidrig zu erklären. Tatsächlich dokumentiert die hohe Anzahl verfassungswidriger Gesetze ein katastrophales Verfassungsbewusstsein in der po-

litischen Klasse – strenggenommen: ein Fall für den Verfassungsschutz. Solche parteipolitischen Wiederholungstäter sind eine wahre Gefahr für dieses Land – und sie sind schlichtweg nicht wählbar.

II. Leider ist das nicht alles. Wir erleben auch einen besorgniserregenden Umbau des Staates und eine Entfesselung staatlicher Gewalten. Wir erleben eine Militarisierung der Inneren Sicherheit, in deren Mittelpunkt der Bundeswehreininsatz im Innern steht. Wir erleben eine zunehmende Vernetzung und Verzahnung von Polizei und Geheimdiensten – zuletzt mit der neuen Abhörzentrale in Köln und mit dem Umbau des Bundeskriminalamtes zu einem zentralen deutschen FBI mit geheimpolizeilichen Befugnissen zur präventiven Vorfeldauforschung.

Das ist ein skandalöser Vorgang: Denn mit dieser neuen Sicherheitsarchitektur wächst zusammen, was

nicht zusammen gehört. Dies verstößt gegen das Gebot der Trennung von Geheimdiensten und Polizei – einer wichtigen Konsequenz aus den bitteren Erfahrungen mit der Gestapo der Nazizeit. So werden elementare Lehren aus der deutschen Geschichte entsorgt – mit der Folge einer gefährlichen Machtkonzentration der Sicherheitsorgane. So droht der demokratische Rechtsstaat zu einem präventiv-autoritären Sicherheitsstaat zu werden – einem Staat im permanenten Ausnahmezustand, in dem der Mensch zum Sicherheitsrisiko mutiert, in dem Rechtssicherheit und Vertrauen der Bürger verloren gehen, Angst und Entsolidarisierung gedeihen.

Und spätestens hier stellt sich die Frage: Soll der Staat mit diesem Umbau und der Anhäufung von Kontroll-Instrumenten auf Vorrat womöglich nicht nur vor Gewaltkriminalität und Terror geschützt werden? Wappnet er sich in Wirklichkeit – gerade in Zeiten verschärfter ökonomisch-sozialer Krisen - vorsorglich auch gegen mögliche soziale Unruhen und Aufstände? Tatsächlich scheint der präventive Sicherheitsstaat in dem Maße aufgerüstet zu werden, in dem der Sozialstaat abgetakelt wird.

III. Diesem Zerstörungsprozess und der zugrundeliegenden Sicherheitsideologie müssen Bürgerrechtsgruppen, Gewerkschaften und politisch-soziale Bewegungen, müssen wir alle energischer entgegentreten.

Die heutige Demonstration für „Freiheit statt Angst“ hier in Berlin ist ein hoffnungsvolles Signal. Genauso wie die fast 35.000 Verfassungsbeschwerden gegen die Vorratsdatenspeicherung – die größte Massenbeschwerde in der deutschen Rechtsgeschichte.

Was ist noch zu tun? Wir müssen dringend das verengte und angstbesetzte Sicherheitsdenken aufbrechen. Wir brauchen einen anderen, einen sozialen, umwelt- und friedenspolitischen Sicherheitsbegriff – einen Begriff von Sicherheit, der auch an Ursachen und Bedingungen von Terror, Gewalt und Kriminalität ansetzt, von denen kaum noch die Rede ist. Denn die Übel dieser Gesellschaft und der Welt lassen sich jedenfalls nicht mit Vorratsdatenspeicherung, Internet-Sperren und Antiterrorgesetzen bekämpfen, sondern viel mehr mit sozialer Gerechtigkeit, einer neuen Weltwirtschaftsordnung und einer konsequenten Umwelt-, Klima- und Friedenspolitik.

Wir fordern schon heute von der neuen Bundesregierung ein Ende der Politik mit der Angst, wir fordern eine Generalrevision aller „Notstandsgesetze für den Alltag“! Wir fordern auch ein striktes Exportverbot für deutsche Überwachungstechnologien an diktatorische Staaten (wie den Iran)! Und wir wollen einen transparenten demokratischen Staat – und keine gläsernen Bürger unter Generalverdacht!

Videos über

<http://www.youtube.com/watch?v=UeHioai5CMI>

[http://www.youtube.com/watch?v=n0L\\_3nVQwsk](http://www.youtube.com/watch?v=n0L_3nVQwsk)



## Nachbetrachtung zur Verleihung der BigBrotherAwards im Oktober 2009

Am 16. Oktober 2009 sind während einer Gala in Bielefeld die deutschen BIG-BROTHER-AWARDS 2009 unter dem Beifall von etwa 400 Menschen verliehen worden - an Preisträger aus fünf Kategorien: Lifetime, Politik, Arbeitswelt, Wirtschaft und Sport.

Unter besonders starkem Beifall des Publikums ist Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble der BigBrother-Lifetime-Award 2009 für sein Lebenswerk verliehen worden.

Die "Oscars für Datenkraken" werden seit dem Jahr 2000 jährlich an Behörden, Firmen, Organisationen und Personen vergeben, die in besonderer Weise die Privatsphäre von Menschen beeinträchtigen oder persönliche Daten missbrauchen. Die Internationale Liga

für Menschenrechte ist zusammen mit anderen Datenschutz- und Bürgerrechtsgruppen seit 2003 Mitträgerin des Negativpreises "BigBrotherAward", der dieses Jahr zum zehnten Mal verliehen wurde.

Auf die Frage an das Publikum, welcher Preis/ Preisträger 2009 in den verschiedenen Kategorien "besonders beeindruckt, erstaunt, erschüttert, empört" habe, verliehen die anwesenden Gala-Besucher in Bielefeld Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und der Laudatio auf ihn auch noch den Publikumspreis.

Die Laudatio auf Dr. Schäuble hielt Rolf Gössner (Liga-Vizepräsident), der seit zehn Jahren Mitglied der Jury des BigBrotherAwards ist.

Seine Laudatio ist im Wortlaut nachzulesen in der Frankfurter Rundschau-online („Ideen aus dem Arsenal der Diktatur“) unter:

[http://www.fronline.de/in\\_und\\_ausland/politik/aktuell/?em\\_cnt=2016454&](http://www.fronline.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=2016454&)

Video auf YOUTUBE:

[http://www.youtube.com/watch?v=44OeGAc7e\\_4](http://www.youtube.com/watch?v=44OeGAc7e_4)

### **Die BigBrotherAward-Jury 2009**

Rena Tangens, padeluun [[FoeBuD](#)]

Karin Schuler,  
*Deutsche Vereinigung für Datenschutz* [[DVD](#)]

Alvar C.H. Freude, *Förderverein  
Informationstechnik und Gesellschaft* [[Fitug](#)]

Dr. Rolf Gössner,  
*Internationale Liga für Menschenrechte* [[ILMR](#)]

Frank Rosengart,  
*Chaos Computer Club e.V.* [[CCC](#)]

Werner Hülsmann, *Forum InformatikerInnen für  
Frieden und gesellschaftl. Verantwortung* [[FIfF](#)]

Dr. Fredrik Roggan, *Humanistische Union* [[HU](#)]

## **Hier die BBA-Kurzbegründungen 2009 in den fünf Kategorien:**

### **Lebenswerk - Laudatio: Rolf Gössner**

Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble erhält den BigBrotherAward in der Kategorie "Lifetime" für den Umbau des BKA in ein zentrales deutsches FBI mit geheimpolizeilichen Befugnissen zur präventiven Vorfeldaufklärung, für die Legalisierung der heimlichen Online-Durchsuchung von Computern, für die Errichtung einer gemeinsamen Antiterrordatei sowie einer neuen Abhörzentrale für alle Sicherheitsbehörden. Besonders "preiswürdig" sind Schäubles obsessive Bestrebungen, den demokratischen Rechtsstaat in einen präventiv-autoritären Sicherheitsstaat umzubauen. Dies führte zu einer gefährlichen Entgrenzung von Polizei, Geheimdiensten und Militär und damit zu einer Gefährdung von Bürgerrechten, Datenschutz und Demokratie.

### **Politik - Laudatio: Alvar Freude**

Der BigBrotherAward 2009 in der Kategorie "Politik" geht an Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Sie hat innerhalb des letzten Jahres ein System zur Inhaltskon-

trolle im Internet vorangetrieben, das zu einer Technik von orwellischen Ausmaßen heranwachsen kann. Dazu und für ihren persönlichen Wahlkampf benutzte sie sexuell missbrauchte Kinder, ohne tatsächlich irgendetwas gegen Missbrauch zu unternehmen.

### **Kategorie Wirtschaft - L: Frank Rosengart**

Den BigBrotherAward 2009 in der Kategorie "Wirtschaft" erhalten eine Handvoll deutsche Firmen, die Überwachungstechnik für Internet und Telefon anbieten und damit gutes Geld verdienen, dabei aber am liebsten im Verborgenen bleiben möchten. Quante Netzwerke GmbH, Utimaco, Datakom/GTenSyborg, Digi-Task, secunet, Cisco, Trovicor (ex Nokia Siemens Networks)

### **Arbeitswelt - Laudatio: Karin Schuler**

Der BigBrotherAward 2009 in der Kategorie "Arbeitswelt" geht an die versammelte Gesellschaft derer, die dem Wahn erlegen sind, man erhalte produktive und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch umfassende Überwachung und Abbildung von Leistung in Zahlen. Stellvertretend für diese Gesellschaft und als Punktsieger in der Kategorie "Kuriiosität" wird die Claas GmbH für ihren Mähdrescher mit Wanze ausgezeichnet. Deutsche Bahn, Deutsche Post, Lidl, Deutsche Telekom, Drogeriekette Müller, Kreisverwaltung Schleswig-Flensburg, Uni Kassel, HDI Gerling, Bäckerei Sehne, KiK Textilien, Helmut Naujoks, Claas Landmaschinen

### **Sport - Laudatio: Fredrik Roggan**

Preisträger in der Kategorie Sport ist das Berliner Organisationskomitee der Leichtathletik-WM. Es wird ausgezeichnet für sein Verlangen gegenüber Journalisten, dass diese Zustimmung geben zu einer umfassenden Überprüfung ihrer persönlichen Daten durch die Sicherheitsbehörden. Damit hat es unter einem nur schlecht getarnten Deckmäntelchen namens Sicherheit ein erhebliches Vergehen an einem Grundwert eines freiheitlichen Staatswesens, nämlich der Pressefreiheit, begangen.

### **Trends - padeluun**

Immer mehr Daten fallen "beiläufig" an. Manches ließe sich vermeiden, anderes nicht. Wir müssen über die Regeln nachdenken, wie eine lebenswerte, digital vernetzte Welt zu gestalten wäre -- jeder von uns und vor allem alle gemeinsam. Denn natürlich haben wir etwas zu verbergen und zu schützen: unsere Privatsphäre.

### **Rückblick: 10 Jahre BBA - Rena Tangens**

Die BigBrotherAwards werden 10 Jahre alt. Höchste Zeit also, kritisch, aber auch stolz, Bilanz zu ziehen.



Das Thema Datenschutz ist heute in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Heißt das, die BBA haben sich überholt? Wohl kaum, denn der unsichtbare, un-fühlbare, anonyme, digitale "Große Bruder" legt sich wie eine riesige Datenkrake über das Land. Dagegen helfen nur Aufklärung, Transparenz, gute Gesetze

und - die Leidenschaft, sich für Freiheit und Bürgerrechte einzusetzen.

Alle Laudationes unter:  
[www.bigbrotherawards.de/2009](http://www.bigbrotherawards.de/2009)

## **BBA-Laudatio auf Bundesinnenminister Dr. Schäuble (Lifetime-Award)**

**Von Rolf Gössner (Internationale Liga für Menschenrechte)**

In der Jury bestand große Einigkeit, dass Wolfgang Schäuble in diesem Jahr, zum (mutmaßlichen) Ende seiner politischen Karriere als Bundesinnenminister, der BigBrother-Lifetime-Award für langjährige „Verdienste“ gebührt – wohl wissend, dass wir im Rahmen der Verleihung dieses Negativpreises einer solchen Persönlichkeit und seiner bisherigen Lebensleistung bei Weitem nicht gerecht werden können. Bereits im Jahr 2007 hatte sich der Preisträger als Traumkandidat für den BigBrotherAward geradezu aufgedrängt. Und dennoch musste er damals leer ausgehen – zur Verwunderung und Enttäuschung mancher Beobachter. Denn ihrer Ansicht nach hätte er den Preis für seinen obsessiven Antiterrorkampf Jahr für Jahr verdient – überqualifiziert wie seinerzeit nur sein Vorgänger im Amt, Otto Schily (SPD).

Damals, im Jahr 2007, hatten wir ihm den Preis aus zwei Gründen verweigert: Zum einen hielten wir es für falsch, sich zu sehr auf Schäuble zu konzentrieren, ihn zu dämonisieren und die Terrordebatte auf diese Weise zu verengen. Tatsächlich sehen wir „Schäuble“ nur als Metapher für die verhängnisvolle (weltweite) Tendenz einer „Terrorismusbekämpfung“ auf Kosten der Bürgerrechte und für eine Systemveränderung zu Lasten des demokratischen und sozialen Rechtsstaats. Zweitens hatten wir die Befürchtung, Schäuble könne die Verleihung als besonderen Ansporn verstehen, seine „sicherheitsextremistischen Bestrebungen“ noch zu verstärken, um seiner offenkundigen Vision vom präventiven Sicherheits- und Überwachungsstaat näher zu kommen.

Doch da hatten wir Herrn Schäuble gründlich unterschätzt - er tat dies auch ganz ohne diesen Ansporn und blieb sich beängstigend treu. Vor einer auch und gerade von ihm stark überzeichneten Bedrohungskulisse versuchte sich Schäuble als Retter in der Not – mit einem wahren Stakkato grundrechtssprengender Denkanschläge, die er fast täglich verübte. In seinem Eifer schreckte der Preisträger selbst vor Ideen aus dem Arsenal von Diktaturen nicht zurück: Internie-

rung islamistischer „Gefährder“, denen keine Straftat nachzuweisen ist, Nutzung erforderter Aussagen durch deutsche Sicherheitsorgane, gezielte Tötung von Topp-Terroristen – Denkansätze eines Sicherheitsministers im Ausnahmezustand, dem offenbar jegliches Unrechtsbewusstsein, aber auch der Realitätsbezug abhanden gekommen sind. Das zeigte auch sein kläglich gescheiterter Vorstoß, die Altersgrenze für großkalibrige Waffen von 21 auf 18 Jahre abzusenken.

Was der Minister mit seinen menschenrechtswidrigen Vorschlägen erreichte, ist eine gefährliche Enttabuisierung, die an die demokratischen Grundfesten rührt und einer weiteren Entfesselung staatlicher Gewalten den Weg ebnet. Das zeigen seine Überlegungen, Terroristen als Feinde der Rechtsordnung teilweise rechtlos zu stellen; das zeigt aber auch seine provokante Äußerung, bei der Terrorabwehr gebe es nun mal keine Unschuldsvermutung – womit er eine der wichtigsten rechtsstaatlichen Errungenschaften für weitgehend erledigt erklärt. In Schäubles präventiver Sicherheitskonzeption mutiert der Mensch zum Sicherheitsrisiko und die „Sicherheit“ zum Supergrundrecht, das alle Bürgerrechte – als Abwehrrechte gegen Eingriffe des Staates – praktisch in den Schatten stellt.

Abgesehen von einer ganzen Reihe von Gesetzesverschärfungen gilt Schäubles größte Obsession einer neuen – vernetzten und integrierten – Sicherheitsarchitektur und damit einem radikalen Umbau des demokratischen Rechtsstaates. Im Kern geht es ihm um zwei Strukturveränderungen, die man getrost auch als Tabubrüche bezeichnen kann, weil sie nicht zuletzt auf dem Hintergrund deutscher Geschichte von Bedeutung sind:

1. Schäuble hat sich in besonderem Maße die Zentralisierung, Vernetzung und Verzahnung von Polizei und Geheimdiensten zum Ziel gesetzt, dem er mit drei Projekten entscheidend näher gerückt ist:

- Zunächst mit dem brisanten Projekt einer Antiterrordatei, die sowohl von allen Polizeien des Bundes und der Länder als auch von allen Geheimdiensten bestückt und genutzt wird;
- dann mit dem Umbau des Bundeskriminalamtes zu einem zentralen deutschen FBI, dem nun auch geheimpolizeiliche Befugnisse zur präventiven Vorfeldausforschung zustehen – inklusive Großem Spähangriff in Wohnungen sowie heimlicher Online-Durchsuchung von Computern,
- und nicht zuletzt mit der neuen Bundesabhörsentrale für alle Sicherheitsbehörden, die vor Kurzem beim Bundesverwaltungsamt in Köln ohne gesetzliche Grundlage eingerichtet wurde.

Mit dieser Strukturentwicklung wächst praktisch zusammen, was nicht zusammen gehört. Das ist ein Verstoß gegen das machtbegrenzende Gebot der Trennung von Geheimdiensten und Polizei – einer ganz wichtigen Konsequenz aus den bitteren Erfahrungen mit der Gestapo der Nazizeit. Dieser Verschmelzungsprozess im Staatsgefüge lässt die staatliche Machtfülle wachsen und deren Kontrollierbarkeit schwinden – mit schwerwiegenden Auswirkungen auf die Wirksamkeit der Bürgerrechte und des Datenschutzes.

2. Seit Jahren erleben wir eine Militarisierung der „Inneren Sicherheit“, in deren Mittelpunkt der Bundeswehreinsetzung im Inland steht – obwohl hierzulande Polizei und Militär schon aus historischen Gründen sowie nach der Verfassung strikt zu trennen sind. Und auch für diese Entwicklung steht unser Preisträger in besonderem Maße: Schäuble will die Bundeswehr nicht nur im Spannungs- und Notstandsfall, sondern regulär als nationale Sicherheitsreserve zur Unterstützung der Polizei im Inland einsetzen können – auch im „Quasi-Verteidigungsfall“, als dessen Erfinder er gilt, auch mit militärischen Mitteln und nach Kriegsrecht und damit ohne die lästigen Fesseln des Rechtsstaats. Zu diesem Zweck holt er immer wieder zum Schlag gegen die Verfassung aus und trachtet – zusammen mit Verteidigungsminister Jung (CDU) – danach, die verfassungsmäßige Trennung zwischen äußerer und innerer Sicherheit, zwischen Militär und Polizei zu schleifen.

Schäuble ließ selbst zu Ende seiner Ministerzeit nicht locker, wie eine giftige Hinterlassenschaft seines Ministeriums beweist: Eine sicherheitspolitische Horrorliste soll der neuen Regierungskoalition als Agenda dienen, auf der all jene Instrumente stehen, die Schäuble in der großen Koalition nicht durchsetzen konnte – vom erweiterten Bundeswehreinsetzung im Innern bis zur „Fortentwicklung des Verfassungsschutzes“ zu einer neuen Geheimpolizei.

Wo soll das alles enden? Wo doch schon angesichts der bisherigen Sicherheitsgesetze das Bundesverfassungsgericht kaum noch nachkommt, etliche davon ganz oder teilweise für verfassungswidrig zu erklären. Tatsächlich manifestiert die hohe Anzahl grundrechtswidriger Antiterrorgesetze und -maßnahmen der letzten Jahre ein katastrophales Verfassungsbewusstsein in der politischen Klasse und in mancher Sicherheitsbehörde. Eine höchst beunruhigende Entwicklung – zumal verantwortliche Politiker mitunter unverhohlene Verachtung gegenüber solchen Gerichtsentscheidungen zeigen und gar öffentlich ankündigen, die Urteile nicht beachten oder mit Grundgesetzänderungen unterlaufen zu wollen.

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble ist ein herausragendes Beispiel für diesen Politikertypus. Er geißelt schon seit Längerem den „Expansionismus des Verfassungsrechts“ und die „fortschreitende Konstitutionalisierung der Tagespolitik“, die zu einer „Entmachtung des demokratisch legitimierten Gesetzgebers“ führe. So beklagte er sich schon 1996 in einem FAZ-Artikel mit dem Titel „Weniger Demokratie wagen?“ darüber, dass gewöhnliche politische Entscheidungen „schon fast gewohnheitsmäßig“ zu Verfassungsfragen hochstilisiert würden. Mit dem Hinweis auf die Verfassung würden Tabuzonen gegen politisch gewollte Veränderungen geschaffen und damit politische Gestaltung „stranguliert“ und zum bloßen „Verfassungsvollzug“ degradiert. Deshalb bezeichnet Schäuble die Verfassung auch als – so wörtlich – „Kette, die den Bewegungsspielraum der Politik lahm legt“.

Die in solchen Sätzen anklingende Verfassungsdistanz, um es dezent zu formulieren, hat sich Schäuble auch als Innenminister bewahrt. So forderte er weiterhin unverdrossen, den Abschuss entführter Passagierflugzeuge zur Abwehr von Terrorangriffen per Grundgesetzänderung zu erlauben – obwohl das Bundesverfassungsgericht zuvor eine solche Lizenz zur gezielten Tötung unschuldiger Passagiere unmissverständlich für verfassungswidrig erklärt hatte, weil sie gegen die Menschenwürde verstößt.

Wegen seiner Forderung geriet Schäuble gehörig mit Richtern des Bundesverfassungsgerichts aneinander, deren „Belehrungen und Ratschläge“ er sich kategorisch verboten hat: Verfassungsrichter seien nicht demokratisch legitimiert, insoweit Ratschläge zu erteilen. Es sei allein „Sache des Gesetzgebers“, die Grenzen der Grundrechte festzulegen. Verfassungsrichter sollten gefälligst damit aufhören, der Politik bei der „Durchsetzung des Rechts“ ständig in den Arm zu fallen.

„Alle grundrechtlich geschützten Bereiche“, so Schäuble, „enden irgendwo“ – und er nimmt davon



auch die Menschenwürde nicht aus. Damit stellt er ihre Unantastbarkeit in Frage, letztlich den Kernbestand des Grundgesetzes. Der konservative Verfassungsrichter Udo di Fabio warnte – mit Blick auf Schäuble – vor einem „präventionstechnischen Überbietungswettbewerb“ im Kampf gegen den Terror und vor der „intellektuellen Lust am antizipierten Ausnahmezustand“. Und er fügte hinzu: Die Sprache der „Sicherheitsapologeten in Berlin“ erinnere „nicht zufällig an den scharfsinnigen Geistesverwirrer Carl Schmitt“ – jenen umstrittenen Staatsrechtler, der als furchtbarer „Kronjurist des Naziregimes“ gilt. Und tatsächlich stützt sich unser Preisträger auf Verfassungsrechtler, die das geistige Erbe Schmitts angetreten haben, wie etwa der Kölner Professor für Staatsphilosophie, Otto Depenheuer, dessen teils verfassungsfeindlich klingende Streitschrift „Selbstbehauptung des Rechtsstaats“ Schäuble offen zur Lektüre empfiehlt: Darin fordert Depenheuer im Kampf gegen den Terror „Bürgeropfer“ – auch Menschenopfer – und rechtfertigt Guantánamo als „verfassungstheoretisch mögliche Antwort im Kampf der rechtsstaatlichen Zivilisation gegen die Barbarei des Terrorismus“. Schäubles Härte in punkto Nicht-Aufnahme von ehemaligen Gefangenen, die in Guantánamo gefoltert wurden, dürfte auf solch feindrechtlicher Gesinnung beruhen.

Alles in allem: Unser Lifetime-Preisträger hat sich in seiner Amtszeit als Architekt eines präventiven Sicherheitsstaates betätigt. Damit hat er als oberster Verfassungs- und Datenschützer, der er als Bundesinnenminister war, genauso grandios versagt wie weiland Otto Schily. Er ist dabei nicht nur seiner vornehmsten Aufgabe in keiner Weise gerecht geworden, sondern entwickelte sich selbst zu einem Sicherheitsrisiko – oder in seiner eigenen Diktion: zum „Gefährder“ von Demokratie, Menschenrechten und Datenschutz.

Viele Menschen stellen sich die Frage, ob der auffällige Sicherheitsfanatismus des Herrn Schäuble und seine zwanghafte Angst vor einem Kontrollverlust möglicherweise mit dem Attentat zu tun haben könnten, das er 1990 schwer verletzt und mit tragischen Langzeitfolgen überlebte. Die durchaus interessante Frage, ob er nicht nur an den körperlichen Folgen leidet, sondern auch an einer traumatisierten Psyche, die seine Wahrnehmung trübt, ist Thema vieler Diskussionen. Zwar ist bekannt, dass sich eine Posttraumatische Belastungsstörung auf die Fähigkeit aus-

wirken kann, Gefahrensituationen richtig einzuschätzen und angemessen auf sie zu reagieren. Dennoch halten wir eine Psychologisierung der Sicherheitspolitik des Preisträgers für eher problematisch und spekulativ. Wir gehen davon aus, dass Schäuble schon früher ein konservativer Politiker war, der einem starken Sicherheitsstaat im Kampf gegen das Böse frönte. Im Übrigen ist die Basis für seine Politik längst gelegt worden – zuletzt mit den berühmt-berühmten „Otto-Katalogen“ seines staatsautoritären Vorgängers Otto Schily, dem ansonsten keine posttraumatischen Störungen nachgesagt werden.

Auch wenn die Freiheit schäublesweise zu sterben droht – so möchten wir heute auch positiv denken. Denn der Innenminister hat sich ganz nebenbei und durchaus unfreiwillig beachtliche Verdienste um das Datenschutzbewusstsein der Bürger erworben: Ziehen diese doch inzwischen zu Zehntausenden vor das Bundesverfassungsgericht, um gegen die Vorratsdatenspeicherung zu klagen – die größte Massenbeschwerde in der bundesdeutschen Rechtsgeschichte (die Schäuble zu dem ungeheuerlichen Hitler-Vergleich inspirierte: „Wir hatten den ‚größten Feldherrn aller Zeiten‘, den GröFaZ, und jetzt kommt die größte Verfassungsbeschwerde aller Zeiten“).

Zehntausende von Menschen gehen inzwischen auch Jahr für Jahr unter dem Motto „Freiheit statt Angst – Stoppt den Überwachungswahn“ auf die Straße, um gegen Schäubles Politik zu protestieren. Und unser Preisträger immer mittendrin und tausendfach präsent: als Stasi-2.0-Schäublone auf Transparenten, Fahnen, T-Shirts und bunten Luftballons – was er, wohl nicht ganz zu Unrecht, als „Beleidigung“ empfindet. Die Regieverantwortung für „Das Leben der Anderen – Teil 2“ möchte er ganz offenbar nicht übernehmen. Und auch wir erwarten zum Abschluss seiner Karriere als Sicherheitsminister kein entschuldigendes „Ich liebe Euch doch alle!“ Obwohl wir davon ausgehen, dass auch unser Preisträger mit seiner fürsorglichen Belagerung nur unser „Bestes“ wollte – das wir aber, so weit es geht, behalten wollen: Privatheit, Freiheit und Demokratie.

In diesem Sinne, herzlichen Glückwunsch, Herr Dr. Schäuble, zum Big-Brother-Lifetime-Award 2009.

Das Video zur Laudatio auf Schäuble ist auf YOUTUBE zu sehen:

<http://www.youtube.com/watch?v=44OeG>

## Egal wo, egal wie hoch – alle Mauern werden fallen

**Ein Stück Mauer ist am Freitag den 06.11.2009 in Bilin in Palästina gefallen -  
gemeinsam von palästinensischen, israelischen und internationalen Aktivisten abgetragen.**

### **Ein prägnanter Bericht von der wöchentlichen Demonstration im benachbarten Bilin vom selben Tag dazu auf Euronews:**

Der 20. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer wird an diesem Freitag mit Massendemonstrationen in der gesamten Westbank begangen, bei denen ein sofortiger Abbau der israelischen Mauer und der Siedlungen gefordert wird.

Genau vor 20 Jahren, am 9. November 1989, wurde die Berliner Mauer innerhalb von zwei Tagen zur Geschichte – zwei Tage, die die Hoffnung auf eine Welt nährten, in der es keine Mauern mehr gibt, die Menschen voneinander trennt. Heute wird eine zweimal so hohe und fünfmal so lange Mauer von Israel in grober Missachtung des internationalen Rechts in der West Bank errichtet, um Palästinenser von ihrem Land zu trennen. Entgegen dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofes (IGH) von 2004, das die israelische Mauer für illegal erklärt und ihre Entfernung gefordert hatte, änderte sich vor Ort nichts.

Die Demonstrantinnen und Demonstranten stellten ein Modell der Mauer an der Mauer auf, um deutlich zu machen, dass – so wie die Berliner Mauer vor 20 Jahren fiel – die Mauer in Bilin heute fallen muss. Der Jahrestag des Falls der Berliner Mauer wurde zum Internationalen Aktionstag gegen Israels Sperranlage erklärt. Heute forderten die Protestierenden ihre Entfernung und versuchten, die Entscheidung des IGH umzusetzen.

Mehrere Demonstranten litten unter Tränengas-inhalationen aus Patronen, die die israelischen Besatzungssoldaten auf sie schossen, in der Absicht, den wöchentlichen Protest von Biliner Bürgerinnen und Bürgern und Solidaritätsgruppen zu unterdrücken.

Zu der Demonstration hatte das Bürgerkomitee gegen die Mauer aufgerufen. Sie begann direkt nach den Freitagsgebeten. Den Biliner Bürgern schloss sich eine Gruppe von internationalen und

israelischen Friedensaktivisten an. Zusammen trugen sie palästinensische Fahnen und Spruchbänder, auf denen sie die Besatzung, die rassistische Politik des Mauerbaus, der Landenteignung, der Straßenschließungen und des Tötens von unschuldigen Menschen verurteilten.

Der Brecht-Eisler-Chor aus Brüssel sang mehrere Solidaritätslieder um den Widerstand in Bilin zu unterstützen. Die Musiker haben in Belgien eine gesangliche Darbietung zusammen gestellt, die sich unter dem Titel "Grenzzaun der Schreie" ([www.shoutingfence.be](http://www.shoutingfence.be)) mit der palästinensischen Situation beschäftigt. Der Text stammt von (dem 2008 verstorbenen palästinensischen Schriftsteller, M.F.) Mahmoud Darwish. (Aus einer Stellungnahme des Chores:) „Nach den Aufführungen (dieses Stückes) wollten wir mit eigenen Augen sehen, was die Auswirkungen im alltäglichen Leben der Palästinenser sind. Unsere Teilnahme an der Demonstration in Bilin intensiviert unsere Verbundenheit mit dem palästinensischen Freiheitskampf. Auf diese Art möchten wir in Belgien das Bewusstsein für die Besatzung und die Apartheidsmauer schärfen.“

Außerdem war aus Irland eine Gruppe des IPSC (Ireland Palestine Solidarity Campaign) vor Ort.

Zwei Tage zuvor besuchte eine große Gruppe von europäischen Diplomaten Bilin. Sie gingen bis an die Mauer, um in Erfahrung zu bringen, wie sie das Land der Dorfbewohner raubt. Die Diplomaten kamen aus Rumänien, Frankreich, Slowenien, Schweden, Großbritannien, Portugal, Dänemark, den Niederlanden, Malta, Österreich, Finnland, der Tschechischen Republik, Polen, aus Irland und Belgien, von der EU.

*(Übersetzung : Martin Forberg)*

*(Mit weiteren Videos von den Demonstrationen vom 6.11. zu finden unter*

*<http://www.bilin-village.org/english/articles/testimonies/From-Berlin-to-Palestine-no-matter-where-no-matter-how-tall-all-walls-fall>)*

## *Gastbeitrag*

### Der „Zauberberg der Armen“

#### Carl von Ossietzky im Krankenhaus Nordend 1936 – 1938

Johannes Tuchel

*Ansprache bei der Enthüllung der Berliner Gedenktafel zu Ehren des Widerstandskämpfers, Nobelpreisträgers und Publizisten Carl von Ossietzky, Mittelstraße 6 in 13158 Berlin*

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wenn wir hier in Berlin-Rosenthal vor der Mittelstraße 6 – 8, dem früheren Krankenhaus Nordend, stehen, ehren wir Carl von Ossietzky, der hier die Zeit zwischen Dezember 1936 und seinem Tod am 4. Mai 1938 verbrachte. Wir ehren den kritischen Journalisten, den Pazifisten, den Verteidiger der Weimarer Republik.

Ich möchte mich heute auf einen Aspekt besonders konzentrieren, auf die Haftbedingungen Carl von Ossietzkys zwischen 1933 und 1936. Am Abend des 27. Februar 1933 brannte der Deutsche Reichstag. Die Nationalsozialisten nutzten dies, um am nächsten Tag mit der sogenannten „Reichstagsbrandverordnung“, der „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“ die Grund- und Menschenrechte aufzuheben. Gleichzeitig begann eine Festnahmewelle gegen politische Gegner und Intellektuelle. Auch Carl von Ossietzky wurde in seiner Wohnung frühmorgens festgenommen.

Nach kurzer Haft im Polizeipräsidium am Alexanderplatz wurde er in das Gefängnis Spandau gebracht. Hier blieb Ossietzky rund einen Monat, bevor er am 6. April in das Konzentrationslager Sonnenburg verlegt wurde. Sonnenburg – im Gegensatz zu seinem schönen Namen ein scheußlicher Ort, ein ehemaliges Zuchthaus, das von der demokratischen preußischen Regierung 1931 wegen seiner unhaltbaren hygienischen Zustände außer Betrieb genommen worden war. Hierher wurde Ossietzky gemeinsam mit Erich Mühsam, Hans Litten, Ernst Schneller und vielen anderen gebracht. Staatsanwaltsrat Dr. Ernst Mittelbach berichtete schon am 10. April 1933 darüber: „Bei der Ankunft des zweiten Transportes befanden sich unter den Häftlingen bekannte kommunistische Persönlichkeiten, z.B. Litten, Mühsam, von Ossietzky, Kasper, Schneller und Schenk. Zur Begleitung des Transportes waren SA-Mannschaften abkomman-

diert, und diese haben die genannten Gefangenen bei ihrer Ankunft misshandelt.“

Mitte 1933 waren im KZ Sonnenburg mehr als 1000 Gefangene untergebracht. Ossietzky, der bereits am 12. April einen Herzanfall erlitten hatte, war im Lager schwersten Torturen ausgeliefert. Ein SA-Führer trat ihn mit den Worten „Du polnische Sau, verrecke endlich!“ Immer wieder war er, wie Mithäftlinge berichten, Zielscheibe der SA-Männer, die als Wachposten eingesetzt wurden. Die Gefangenen wurden in Sonnenburg beim Umbau des alten Zuchthauses, zu Trockenlegungsarbeiten in Mooren, aber auch zu schweren Straßenbauarbeiten in der Nähe des KZ herangezogen. Eine zu schwere Arbeit für den schwachen und kranken Carl von Ossietzky.

Im Zuge der Zentralisierung der preußischen Konzentrationslager in den Moorgebieten des Emslandes im Frühjahr 1934 wurden viele Sonnenburger Häftlinge in das Konzentrationslager Esterwegen überführt. Zu ihnen gehörte am 15. Februar 1934 auch Carl von Ossietzky. Dies Lager gehörte zu einem Lagerkomplex in den ausgedehnten Sumpf- und Moorgebieten der unteren Ems, einer ausgesprochen feuchten, nebligen, lebensfeindlichen Gegend. Hier wurden die Gefangenen vor allem zu Meliorationsarbeiten, d.h. zur Trockenlegung der Sümpfe in der Umgebung herangezogen. Dies geschah übrigens in Anlehnung an ein Vorbild im faschistischen Italien: Hier waren unter Mussolinis Herrschaft die Pontinischen Sümpfe trockengelegt worden, ein Vorhaben, das den preußischen Ministerpräsidenten Hermann Göring stark beeindruckt hatte.

Die Häftlinge wurden morgens um 4.30 Uhr geweckt, ab 6 Uhr begann die Arbeit in den Entwässerungsgräben der Moore. Nichts gab Halt, immer wieder brachen die Wände der Gräben ein. Es war eine feuchte, dreckige, menschenunwürdige Arbeit. Die Kleidung hatte fast keine Gelegenheit zu trocknen. Die Nahrung war unzureichend, ebenso die medizinische Versorgung. Ossietzky, der nach zwei oder drei Monaten für die Arbeit im Moor

schon zu schwach war, erkrankte und kam im Mai 1943 ins Krankenrevier. Vermutlich seit Juli 1934 war er zu leichteren

Arbeiten in der Küche eingeteilt, kam aber wieder mehrfach ins „Krankenrevier“. Darunter darf man sich kein Krankenhaus im herkömmlichen Sinne vorstellen, sondern eine schmutzige Baracke mit unzureichenden Bettgestellen und Strohsäcken.

Im Sommer 1934, konkret im August 1934 wurden auch die preußischen Konzentrationslager von der SS übernommen, viele Lager aufgelöst und nur wenige als „zentrale Lager“ weiter genutzt. Dazu gehörte auch Esterwegen, ab August 1934 unter dem Kommando von SS-Standartenführer Hans Loritz geführt wurde. Für den September 1934 finden wir Berichte von Mithäftlingen, dass Ossietzky bei schweren Maurerarbeiten eingesetzt wurde. Sein Gesundheitszustand verschlechterte sich weiter. Seit Anfang 1935 war er in der „Strafkompanie“ des Lagers untergebracht, zu deren Aufgaben nicht nur die Arbeit im Moor, sondern auch die Leerung der Fäkaliengruben gehörte.

Für wenige Minuten darf ihn seine Frau im Juli 1935 besuchen, auch der Quäker Corder Catchpool konnte ihn im Juni kurz sehen. Etwa seit dieser Zeit bis zum Oktober 1935 war Ossietzky wieder im Krankenrevier, doch sein Zustand verschlechterte sich immer weiter. Im Oktober 1935 schließlich kam es zur denkwürdigen Begegnung mit Carl Jacob Burckhardt, der den gequälten Häftling kurz sehen durfte. Ossietzkys letztes schriftliches Lebenszeichen aus Esterwegen stammt vom 19. Dezember 1935. Im Mai 1936 berichtete Gestapo-Chef Heydrich an den Ministerpräsidenten Hermann Göring über den Gesundheitszustand Ossietzkys. Dieser entschied, Ossietzky unter Bewachung in Staatskrankenhaus der Polizei in Berlin überführen zu lassen. Hier wurde bei Ossietzky eine offene Tuberkulose und Haftunfähigkeit festgestellt. Nach einigen Monaten, am 7. November 1936 wurde er formell aus dem Staatskrankenhaus der Polizei und aus der sogenannten „Schutzhaft“ entlassen. Kurz davor hatte Hermann Göring Ossietzky zu sich rufen lassen und mit ihm gesprochen.

Der geschwächte und kranke Carl von Ossietzky wurde von seiner Frau aus dem Gestapo-Hauptquartier in der Prinz-Albrecht-Straße 8 abgeholt und begab sich noch am selben Tag in das Westend-Krankenhaus in Berlin-Charlottenburg.

Am 23. November 1936 wurde ihm der Friedensnobelpreis für das Jahr 1935 nachträglich zugesprochen. Göring verbot die Ausreise; Hitler schäumte und verbot, dass Deutsche weiterhin Nobelpreise annehmen dürften. Am 14. Dezember 1936 verließ Carl von Ossietzky das Krankenhaus Westend. Für die Gestapo brachte dies neue Probleme bei der Überwachung des prominenten Häftlings mit sich. Der spätere Gestapo-Chef Heinrich Müller schrieb am 21. Dezember 1936 an Göring: „Auf eigenen Wunsch hat der Schriftsteller Carl von Ossietzky das Krankenhaus Westend am 14.12.36 verlassen und sich in das Sanatorium Nordend zur weiteren Behandlung begeben. Er befindet sich dort in einem Einzelzimmer, welches nur einen besonderen Eingang vom Garten aus hat. Diese Unterbringung entspricht einmal seinen eigenen Wünschen und zum anderen dem Raumangel in der einzigen noch dort befindlichen größeren Halle. Eine Überwachung des v. O. ist dort außerordentlich schwierig, da die Beamten, falls sie nicht direkt vor der Tür des Zimmers im Freien stehen sollen, sich nur in einem durch mehrere Türen vom Aufenthaltsraum des v. O. getrennten Zimmer aufhalten können... Abgesehen von den augenblicklichen Schwierigkeiten einer intensiven Überwachung darf ich auf die immerhin noch bestehende erhebliche Ansteckungsgefahr für die überwachenden Beamten hinweisen, sodass ich mit der Bitte um baldmöglichste Entscheidung ergebnis in Vorschlag bringe, v. O. in die Tuberkulose-Station des Straf- und Gerichtsgefängnisses in Glatz zu überführen und ihm nach Möglichkeit dort ein Einzelzimmer zur Verfügung zu stellen.“

Obwohl kurze Zeit später Göring die Überstellung Carl von Ossietzkys nach Glatz genehmigte, unterblieb diese aus unbekanntem Gründen. Carl von Ossietzky konnte – immer unter Überwachung der Gestapo – weiterhin im Krankenhaus Nordend leben. Er selbst schrieb an seine Frau: „Meine Adresse hat sich geändert. Ich bin von Westen nach Norden gegangen, wohne jetzt in einem kleinen Privatsanatorium, das sehr angenehm ist und die beste Pflege und ärztliche Behandlung bietet.“ Die letzte Bemerkung bezog sich vor allem auf seinen behandelnden Arzt Dr. Hans Dosquet, dem er Weihnachten 1937 mit den Worten dankte: „Ich glaubte, zunächst einen guten Arzt gefunden zu haben, der seine Sache versteht, und stattdessen habe ich einen sorgenden Freund gefunden, dessen gütige Menschlichkeit sich zwischen mich und die Krise stellt“.

Am Ostersonntag 1938 besuchten die norwegischen Sozialdemokraten Inger und Finn Lie Carl von Ossietzky. Ihr Bericht, bereits am 13. Mai 1938 veröffentlicht, ist ein erschütterndes Zeugnis: „Man führte uns in den Innenhof. Links lag ein einstöckiges Wohnhaus mit einer Front aus Glasfenstern, offenbar ein Krankensaal. Daneben war die Tür zu dem Zimmer, in dem Ossietzky liegen sollte... Er war bleich und mager, die Hand, die er uns reichte, war dünn und kraftlos. Aber seine klaren blauen Augen strahlten vor Freude. Frau von Ossietzky ließ uns auf den beiden Stühlen Platz nehmen und setzte sich selbst auf den Bettrand. Das Zimmer, das Herr und Frau Ossietzky bewohnten, hatte eine Größe von drei mal dreieinhalb Meter. Es hatte nur ein kleines Fenster. Die schlecht schließende Tür ging direkt auf den Hof, eine Doppeltür oder einen Windfang gab es nicht... Angesichts der Enge und Dürftigkeit dieses Zimmers sprachen wir gleich von der Möglichkeit, den Kranken woanders unterzubringen. Aber auf die

Frage, ob er nicht in ein anderes Sanatorium übersiedeln könne, schüttelte er den Kopf: ‚Hier fühle ich mich sicher. Hier können sie mich nicht erreichen.‘ Flüsternd ließ er uns verstehen, dass er sich in keinem anderen Krankenhaus so geborgen fühlen würde wie hier.“

Ja, hier im Krankenhaus Nordend fühlte sich Carl von Ossietzky in den letzten zwei Jahren seines Lebens geborgen. Er hatte im wahren Sinne des Wortes eine Zuflucht gefunden, die er jetzt nicht mehr verlassen wollte, eine Zuflucht, die er den „Zauberberg der Armen“ nannte. Hier starb er dann auch am 4. Mai 1938. Sein Leidensweg durch Gefängnisse, Konzentrationslager und Krankenhäuser, der am 28. Februar 1933 begonnen hatte, war beendet.

*Prof. Dr. Johannes Tuchel leitet die Gedenkstätte  
Deutscher Widerstand in Berlin*



## **6. ONE WORLD BERLIN FILMFESTIVAL FÜR MENSCHENRECHTE UND MEDIEN**

**Berlin, vom 26. November bis 2. Dezember 2009**

Spielorte: Kino Arsenal, ACUDKino und Kleisthaus.

**Das Filmfestival findet statt unter Schirmherrschaft von**

**ROLF GÖSSNER**

**Vizepräsident der Internationalen Liga für Menschenrechte,**

der das Festival am 26.11.2009, um 19:00, im Kino Arsenal eröffnen wird (s. Termine S. 22)

### **Grußwort des Schirmherrn**

Die Anschläge vom 11.09.2001 haben weltweit eine Gewaltwelle ausgelöst, die zu Krieg und Terror, Folter und Elend führte. Mithin zu gravierenden Menschen- und Völkerrechtsverletzungen – und zwar nicht allein durch die Terrorakte, die wir seitdem erlebten, sondern in weit größerem Maße durch die staatliche Terrorbekämpfung, die zu dramatischen Einschränkungen der Bürger- und Freiheitsrechte geführt hat sowie zu einer fatalen Verflechtung von Polizei, Militär und Geheimdiensten. Von einer Bekämpfung der sozialen, weltökonomischen und ideologischen Ursachen und Bedingungen von Terrorismus und Gewalt ist demgegenüber nur selten die Rede.

Deshalb ist es so wichtig, dass unsere Kritik gerade hier ansetzt, um diesem Zerstörungsprozess Einhalt zu gebieten. Deshalb ist es auch begrüßenswert, dass sich ein ganzes Filmfestival dem Thema Menschenrechte (gerade in Zeiten des Terrors) widmet und die grassierende Überwachung durch Staat und Wirtschaft thematisiert sowie die Entgrenzung staatlicher Macht. Als Anwalt und Buchautor, der sich schon Jahrzehnte mit Bürgerrechtsfragen beschäftigt sowie als Vertreter einer Menschenrechtsgruppe bin ich deshalb mit Freude dem Wunsch des Festivalteams nachgekommen, die Schirmherrschaft über das 6. One World Berlin - Filmfestival für Menschenrechte und Medien in Berlin zu übernehmen. Ich wünsche uns allen eine fruchtbare Auseinandersetzung mit den Filmakteuren, den angebotenen Themen und ihrer filmischen Umsetzung. ([www.oneworld-berlin.de/](http://www.oneworld-berlin.de/))

**Liga-Report.** Informationsbrief der Internationalen Liga für Menschenrechte (Berlin) 3/09, Seite 21

## Termine und Veranstaltungen

### Internationale Liga für Menschenrechte (ILMR)

**13. Dezember 2009, 11 Uhr: Verleihung der Carl-von-Ossietzky-Medaille**, Haus der Kulturen der Welt, John-Foster-Dulles-Alle 10, 10557 Berlin  
[www.ilmr.de/2009/07/17/verleihung-der-carl-von-ossietzky-medaille-2009/](http://www.ilmr.de/2009/07/17/verleihung-der-carl-von-ossietzky-medaille-2009/)

**12.12., 10 h, BERLIN, Pressekonferenz anlässlich der Verleihung der Carl-von-Ossietzky-Medaille 2009**, Haus der Kulturen der Welt.

**Redaktionsschluss für Report 1/2010: 31. Januar 2010**

**Nächste Vorstandssitzungen:** Montag 23. + 28.11.09

### November 2009

**11. 11., 19 h BERLIN:** Haus der Demokratie und Menschenrechte (Stiftungssaal 1. Stock) "**Nonkilling - Perspektiven für nicht tötende Gesellschaften.**" Ein Abend mit Professor Glenn Paige (Hawaii), Mairead McGuire (Nordirland) und Gästen" Fanny-M. Reisin (Beitrag) und Martin Forberg

**14. 11., 13 h Bahnhof Lutherstadt WITTENBERG** Demonstration und Kundgebung (Marktplatz) **Wo bleibt die Wende? Alle Lager schließen, Flüchtlinge integrieren! Lager Möhlau in Sachsen-Anhalt dichtmachen, keine Verlängerung des Vertrages!** Träger/Sprecher auf der Kundgebung: u. a. ILMR.

**19./20.11.2009, BERLIN: Symposium "Flüchtlingsschutz gewähren - Jugendhilfe garantieren!"** Symposium zur Situation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge in Berlin, 19. - 20. November 2009, Werkstatt der Kulturen der Welt, Wissmannstraße 32, 12049 Berlin, Veranstalter: Arbeitskreis Junge Flüchtlinge des Flüchtlingsrates Berlin

**22.11., 11 h, TÜBINGEN, Dt.-Amerikan. Institut: IMI-Kongress "Krisenmanagement: Die Sicherheitsarchitektur im Zeitalter des globalen Ausnahmezustands"**

(20.-23.11.2009). Darin: Militärischer Heimatschutz: Neue Sicherheitsarchitektur für den alltäglichen Ausnahmezustand? U.a. Elmar Altvater, Rolf Gössner, Tobias Pflüger, s. [www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)

**26.11., 19 h: BERLIN,** Eröffnung des **6. ONE-WORLD-Filmfestivals für Menschenrechte und Medien Berlin 2009** durch den Schirmherrn Dr. Rolf Gössner im Kino Arsenal - Saal 1. Eröffnungsfilm: Terrorists - The Kids They Sentenced. Programm des Filmfestivals (26.11. bis 2.12.2009): [www.oneworld-berlin.de](http://www.oneworld-berlin.de)

### Dezember 2009

**5.12., 12 - 15 h: KASSEL,** Universität: Eröffnungsplenum des 16. Friedensratschlags (5. und 6.12.2009): **Kapitalismus, Krise und Krieg.** Referat von Rolf Gössner: **Antiterrorkampf und Menschenrechte in der EU - Überwachung und Kontrolle ohne Grenzen?** Internet: [www.uni-kassel.de/fb5/frieden/](http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/)

**6.12., 11 h, BREMEN,** Villa Ichon: Podiumsdiskussion mit Künstlern, Bürgerrechtlern und Informatikern zum Thema "**Menschenrechte und Kontrollsysteme**" anlässlich der Bremer Ausstellung "Embedded Art - Kunst im Namen der Sicherheit" ([www.embeddedart.de](http://www.embeddedart.de))

**10.12., 11 h, BERLIN,** Botschaft der Islamischen Republik Iran, Podbielskiallee 67: **Kundgebung des Iranischen Flüchtlingsvereins** am Internat. Tag der Menschenrechte zur Lage im Iran. Sprecher der ILMR u. a.: Martin Forberg

**15.12., 10 h, KARLSRUHE,** Bundesverfassungsgericht: Mündliche Verhandlung über die **Verfassungsbeschwerden gegen die Vorratsspeicherung von Telekommunikationsverbindungs- und Standort-Daten**, u.a. unter Teilnahme des Erstbeschwerdeführers Rolf Gössner.

### Impressum

**Liga-Report – Informationsbrief**  
 der Internationalen Liga für Menschenrechte,  
 Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin,  
 Tel. 030 – 396 21 22; Fax 030 – 396 21 47;  
 Mail: [vorstand@ilmr.de](mailto:vorstand@ilmr.de); Internet: [www.ilmr.de](http://www.ilmr.de)

**Redaktion 3/2009:** Arni Mehnert  
**Mitarbeit:** Fanny Michaela Reisin, Rolf Gössner, Yonas Endrias, Reinhard Strecker, Marianne Reiff-Hundt, Mila Mossafer, Arni Mehnert

**ViSdP:** Arni Mehnert

Jeden letzten Donnerstag im Monat findet um 19:00 Uhr im Haus der Demokratie u. Menschenrechte, Robert-Havemann-Saal, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, eine  
**„Republikanische Vesper“**  
 statt – mit Käse/Brot -Wein/Wasser.

### **Veranstalter:**

„Ossietzky“, Internationale Liga für Menschenrechte, Humanistische Union, Republikanischer Anwältinnen- und Anwaltsverein, Stiftung Haus der Demokratie



## *Literaturhinweise*

### **Aus aktuellem Anlass**

#### **Zwei Veröffentlichungen im 90. Geburtsjahr von Alisa Fuss**

„Alisa Fuss ist für diejenigen, die sie persönlich kennen lernen durften, unvergessen geblieben.“ So könnte ein Satz lauten, der darum ringt, einer Frau gerecht zu werden, die von 1991 bis zu ihrem Tod im Jahr 1997 Präsidentin der Internationalen Liga für Menschenrechte war und die Liga maßgeblich geprägt hat. Es bliebe ein hilfloser Satz, und Alisa hätte es vermutlich auch nicht besonders geschätzt, vor allem als Liga-Präsidentin erinnert zu werden. Schließlich war sie seit 1980 Mitglied und Aktivistin in der Liga.

Wir freuen uns, auf zwei Publikationen hinzuweisen, die in diesem Jahr erschienen sind.

Im April 2009 wäre Alisa Fuss 90 Jahre alt geworden. Zu diesem Anlass wurde vom Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung und der Internationalen Liga für Menschenrechte eine Denkschrift herausgegeben. Ihr Verfasser Dirk Arntz gab ihr den Titel: „Alisa Fuss. Ein Leben für die Menschenrechte“. Dem Autor gelingt es, wichtige Stationen ihres Wegs aufzuzeigen. Es geht ihm aber auch um die Aktualität ihres politischen Engagements.

Inzwischen ist im August auch die von Barbara Heber-Schärer verfasste Biographie mit dem Titel: „Solidarität und Eigensinn. Das tätige Leben der Alisa Fuss – Berlin, Tel Aviv, Berlin“ erschienen. Die Autorin, langjähriges Mitglied der Liga, war mit Alisa Fuss befreundet. Alisa Fuss sei „viel zu sehr am Konkreten orientiert (gewesen), als dass ideologische Debatten sie noch interessiert hätten. Doch die Grundhaltung, die dahinter stand, ein reflektierter, an der Tat orientierter Humanismus, ist ein Erbe, das wir bewahren sollten, als Ansporn, ein wenig auch als Stachel.“

**Martin Forberg**

**Dirk Arntz,**

**Alisa Fuss. Ein Leben für die Menschenrechte.**

**Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung und Internationale Liga für Menschenrechte,** Berlin 2009. Zu beziehen über die Büros beider Organisationen.

**Barbara Heber-Schärer,**

**Solidarität und Eigensinn. Das tätige Leben der Alisa Fuss - Berlin, Tel Aviv, Berlin.**

**PapyRossa Verlag, Berlin 2009, 18,00 Euro.**

#### *Weitere neue Publikationen*

**Rügener, Werner (Hrsg.): ArbeitsUnrecht, Anklagen und Alternativen,** Mit Beiträgen u.a. von: Hermann Abmair, Norbert Cyrus, Wolfgang Däubler, Rolf Geffken, Rolf Gössner, Detlef Hensche, Wolfgang Neskovic, Michael Schubert, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2009 - 240 S., € 24,90

**Jürgen Rose: Ernstfall Angriffskrieg, Frieden Schaffen mit aller Gewalt,** Verlag Ossietzky, Hannover 2009, 268 Seiten, 20,00 € (ISBN 978-3-9808137-2-3)

**Rolf Gössner: Türkische Widersprüche. Zur Entwicklung in der Türkei und zur Kurdischen Frage,** in: OSSIETZKY Nr. 14-15/2009 vom 25. Juli 2009  
[www.sopos.org/ossietzky/ausgabe.php3?id=195](http://www.sopos.org/ossietzky/ausgabe.php3?id=195)

**Ders.: Hoffnung für Kurden und Türken?** Lösung der Kurdischen Frage in Sicht – aber zu welchen Bedingungen, in: OSSIETZKY Nr. 16/2009 vom 08. August 2009. Ansicht:  
[www.sopos.org/ossietzky/ausgabe.php3?id=1](http://www.sopos.org/ossietzky/ausgabe.php3?id=1)



# Verleihung der Carl-von-Ossietzky-Medaille anlässlich des Tags der Menschenrechte 2009

an

*Kapitän Stefan Schmidt aus Lübeck*

und

*Mouctar Bah aus Dessau*

*für ihre Zivilcourage und den herausragenden Beitrag zur Verwirklichung  
der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland und in der Europäischen Union.*


### *Stefan Schmidt*

*rettete 2004 als Kapitän der „Cap Anamur“ 37 Menschen,  
die auf der Flucht nach Europa vor der italienischen Küste in Seenot geraten waren.  
Mit dieser humanitären Tat widersetzte er sich der menschenrechtswidrigen Flüchtlingspolitik der EU.*

### *Mouctar Bah*

*kämpft seit dem Verbrennungstod seines Freundes Oury Jalloh  
im Gewahrsam der Dessauer Polizei im Jahre 2005 für die Aufklärung der Todesumstände.  
Er setzt sich mutig für Flüchtlingsrechte und gegen Rassismus ein.*

## Haus der Kulturen der Welt

John-Foster-Dulles Allee 10, 10557 Berlin,  und erreichbar mit dem Bus 100,  
Sonntag, 13. Dezember 2009 um 11.00 Uhr - Einlass ab 10.00 Uhr

Eröffnung: Prof. Dr. Fanny Michaela Reisin (Präsidentin)

Gastreden: Madjiguène Cissé (Senegal) und Günter Wallraff

Rahmenprogramm

Kostenbeitrag: 6,- € (ermäßigt 3,- €) – Karten an der Tageskasse

### Internationale Liga für Menschenrechte

Haus der Demokratie und Menschenrechte - Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin,  
Tel.: 030 - 396 21 22, Fax: 030 - 396 21 47, Web: [www.ilmr.de](http://www.ilmr.de), E-Mail: [vorstand@ilmr.de](mailto:vorstand@ilmr.de)  
Sprechstunde: montags 18.00 -20.00 Uhr  
Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft, Konto: 33 17 100, Bankleitzahl: 100 20 500